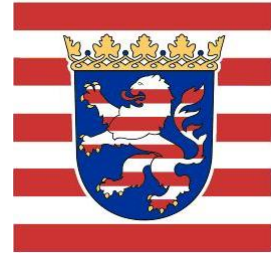




HESSEN



Bericht aus Brüssel

22/2024 vom 02.12.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B - 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	6
Wirtschaft.....	7
Verkehr.....	10
Energie.....	10
Digital.....	10
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	12
Finanzen.....	13
Soziales.....	15
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	16
Landwirtschaft und Umwelt.....	16
Justiz.....	17
Inneres.....	18
Bildung und Kultur.....	19
Information, Kommunikation und Medien.....	21
EU-Förderprogramme.....	21
Veranstaltungen.....	21
Vorschau.....	22

Kommission; Erste Schwerpunkte der neuen Kommission

Am 27.11.2024 bestätigte das EP in Straßburg die neue Kommission, welche am 01.12.2024 ihr Mandat antreten wird. Im Rahmen der Wahl der neuen Kommission, stellte Kommissionpräsidenten Ursula von der Leyen in ihrer Rede vor dem EP auch ihr Programm und ihre Schwerpunkte für die ersten 100 Tage nach Amtsantritt der neuen Kommission vor. Von der Leyen kündigte insbesondere Vorhaben zu den Schwerpunkten Bürokratieabbau, Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung an. Sie erwähnte in ihrer Rede u.a. eine Omnibus-Gesetzgebung, einen „Clean Industrial Deal“ sowie ein „Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung“ als erste Schritte der neuen Kommission.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_24_6084

Europäischer Rat; Bestätigung der neuen Kommission

Die Mitglieder des Europäischen Rates haben am 28.11.2024 im schriftlichen Verfahren die Mitglieder der Kommission für das Mandat vom 01.12.2024 bis 31.10.2029 ernannt. Dies folgte auf das positive Votum des EP am 27.11.2024. Kommissionspräsidentin bleibt Ursula von der Leyen (DEU) in einer zweiten Amtszeit. Kaja Kallas (EST) übernimmt das Amt der Hohen Beauftragten der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Die übrigen Mitglieder der Kommission sind:

- Albuquerque, Maria (PRT) – Kommissarin für Finanzdienstleistungen und die Spar- und Investitionsunion
- Brunner, Magnus (AUT) – Kommissar für Inneres und Migration
- Dombrovskis, Valdis (LET) – Kommissar für Wirtschaft und Produktivität
- Fitto, Raffaele (ITL) – Exekutiv-Vizepräsident für Regionalpolitik und Reformen
- Hansen, Christophe (LUX) – Kommissar für Landwirtschaft und Ernährung
- Hoekstra, Wopke (NDL) – Kommissar für Klima, Netto-Null-Emissionen und sauberes Wachstum
- Jørgensen, Dan (DNK) – Kommissar für Energie und Wohnungswesen
- Kadis, Constantinos (CYP) – Kommissar für Fischerei und Ozeane
- Kos, Marta (SLO) – Kommissarin für Erweiterung und östliche Nachbarschaft
- Kubilius, Andrius (LIT) – Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt
- Lahbib, Hadja (BEL) – Kommissarin für Vorsorge und Krisenmanagement
- McGrath, Michael (IRL) – Kommissar für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit
- Micallef, Glenn (MLT) – Kommissar für Generationengerechtigkeit, Kultur, Jugend und Sport
- Mînzatu, Roxana (ROM) – Exekutiv-Vizepräsidentin für Kompetenzen, Bildung und Kultur
- Ribera Rodríguez, Teresa (ESP) – Exekutiv-Vizepräsidentin für Wettbewerbspolitik und den europäischen Green Deal
- Roswall, Jessika (SWE) – Kommissarin für Umwelt, Wassersicherheit und eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft
- Šefčovič, Maroš (SLK) – Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit
- Séjourné, Stéphane (FRA) – Exekutiv-Vizepräsident für Wohlstand und Industriestrategie
- Serafin, Piotr (POL) – Kommissar für Haushalt, Betrugsbekämpfung und öffentliche Verwaltung
- Síkela, Jozef (CZR) – Kommissar für internationale Partnerschaften

- Šuica, Dubravka (KRO) – Kommissarin für den Mittelmeerraum
- Tzitzikostas, Apostolos (GRI) – Kommissar für nachhaltigen Verkehr und Tourismus
- Várhelyi, Olivér (HUN) – Kommissar für Gesundheit und Tierschutz
- Virkkunen, Henna Maria (FIN) – Exekutiv-Vizepräsidentin für Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie
- Zaharieva, Ekaterina (BUL) – Kommissarin für Startups, Forschung und Innovation

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-53-2024-INIT/en/pdf>

Europäischer Rat; Costa wird Präsident des Europäischen Rates

Am 01.12.2024 übernimmt António Costa (PRT) das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates von Charles Michel (BEL). António Costa war von 2015 bis 2024 Premierminister von PRT. Der Wechsel an der Spitze des Gremiums der Staats- und Regierungschefs der EU erfolgt turnusgemäß mit dem Beginn des neuen institutionellen Zyklus (2024-2029), der durch das nach der Europawahl neu konstituierte EP, den Amtsantritt der neuen Kommission sowie dem Wechsel des Präsidenten des Europäischen Rates gekennzeichnet ist.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/27/handover-between-outgoing-president-of-the-european-council-charles-michel-and-incoming-president-antonio-costa/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; „Auswärtige Angelegenheiten“

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ befasste sich am 18.11.2024 u.a. mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Hierbei ging es um die Unterstützung der EU für die Ukraine und der Umgehung von Sanktionen gegen Russland. Der Rat beschloss, die Sanktionsregelung der EU gegen den Iran angesichts dessen militärischer Unterstützung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine auszuweiten. Der Rat verhängte weitere restriktive Maßnahmen gegen eine Person und vier Organisationen im Iran. In Bezug auf Georgien standen die Rückschritte bei der Demokratie und deren Folgen für den europäischen Weg des Landes im Mittelpunkt der Aussprache. Der Rat befasste sich weiterhin mit der Lage im Nahen Osten und den Beziehungen zwischen der EU und den USA.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/11/18/>

Rat; Strategische Überprüfung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit

Der Rat nahm am 19.11.2024 Schlussfolgerungen zur strategischen Überprüfung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) an. Die Überprüfung hat das Ziel, die SSZ zu stärken, sie strategischer und wirksamer zu gestalten sowie sie an die neue geopolitische Realität über den Zeithorizont 2025 hinaus anzupassen. In den Schlussfolgerungen wird u.a. vorgeschlagen, die derzeitige Liste der Verpflichtungen im Rahmen der SSZ zu aktualisieren und zu straffen. Die SSZ solle ebenfalls besser an die einschlägigen Initiativen und Finanzierungsinstrumente der EU im Verteidigungsbereich angebunden werden. Erwähnt wurde zudem, dass die SSZ zu den umfassenderen Bemühungen der EU zur Deckung des militärischen Bedarfs der Ukraine beitragen solle.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14375-2024-INIT/de/pdf>

Rat; Ukraine und Verteidigungsbereitschaft

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ hat in seiner Zusammensetzung „Verteidigung“ am 19.11.2024 u.a. über die militärische Unterstützung der EU für die Ukraine beraten. Während der Aussprache betonte Josep Borrell, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik der Union, dass die militärische Unterstützung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten nun über 45 Mrd. € erreicht habe. Zudem habe die EU fast ihr Ziel erreicht, eine Mio. Artilleriegeschosse an die Ukraine zu liefern. Der Rat führte ebenfalls eine Aussprache über die Verteidigungsbereitschaft. Dies geschah vor dem Hintergrund des am 30.10.2024 vorgelegten Berichts „Strengthening Europe’s Civilian and Military Preparedness and Readiness“ von Sauli Niinistö.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/11/19/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

EP bestätigt das Kollegium der Kommissionsmitglieder

Nach einer Debatte mit Ursula von der Leyen über ihr künftiges Team und Programm bestätigten die MdEP das Kollegium der Kommissionsmitglieder in namentlicher Abstimmung am 27.11.2024. 370 MdEP stimmten für die Kommission, 282 dagegen, 36 enthielten sich. Für die Bestätigung des Kollegiums war gemäß der Geschäftsordnung des EP die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Unmittelbar vor der Abstimmung stellte Ursula von der Leyen ihr Team und Programm vor (siehe Beiträge unter „Institutionelles“).

EP fordert mehr militärische Unterstützung für die Ukraine

In einer Entschließung des EP, die am 28.11.2024 mit einer Mehrheit von 390 – 135 – 52 angenommen wurde, verurteilt das EP die Entsendung nordkoreanischer Soldaten in den Kampf gegen die ukrainische Armee sowie Russlands Erprobung neuer ballistischer Flugkörper in der Ukraine. Nach Ansicht der MdEP markieren diese jüngsten Eskalationsschritte eine neue Phase des Krieges und stellen eine neue Gefahr für die Sicherheit Europas als Ganzes dar. Die MdEP fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten (MS) auf, ihre militärische Unterstützung für die Ukraine auszuweiten, auch durch die Lieferung von Kampfflugzeugen, Marschflugkörpern mit großer Reichweite, wozu auch Taurus-Marschflugkörper gehören, modernen Luftabwehrsystemen wie den Systemen Patriot und SAMP/T samt Munition, Artilleriesystemen und -geschossen sowie durch Programme zur Ausbildung der Streitkräfte der Ukraine. Alle MS und NATO-Verbündeten sollten gemeinsam und individuell ihre Zusage geben, jährlich mindestens 0,25 % ihres BIP für die militärische Unterstützung der Ukraine aufzuwenden. Das EP begrüßt die Entscheidung des Präsidenten der USA, Joe Biden, der Ukraine den Einsatz fortgeschrittener Raketensysteme gegen militärische Ziele in Russland zu gestatten, und fordert die EU und ihre MS auf, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0055_DE.html

Keine Empfehlung für Rauchverbot in der Außengastronomie

Eine geplante Stellungnahme des EP für ein Rauchverbot u.a. in der Außengastronomie fand am 28.11.2024 im Plenum keine Mehrheit. Die Entschließung mit Empfehlungen an die 27 Mitgliedstaaten (MS) wurde nur von 152 MdEP unterstützt, 378 stimmten dagegen und 26 enthielten sich. Hintergrund ist eine Empfehlung der Kommission an die MS: Die Kommission sprach sich am 17.09.2024 dafür aus, Rauchverbote auf öffentliche Orte wie Spielplätze, Freibäder, Krankenhäuser und Bushaltestellen auszuweiten. Diese Verbote sollten laut

Kommission auch für E-Zigaretten gelten, die in dem Entwurf mit herkömmlichen Zigaretten gleichgesetzt werden. Das Ziel der Kommission ist es, den Anteil der Raucherinnen und Raucher an der Bevölkerung bis 2040 auf unter 5% zu senken.

[Smoke and aerosol-free environments: Opening statements - Multimedia Centre](#)

EU-Haushalt 2025

Die Präsidentin des EP, Roberta Metsola, unterzeichnete am 28.11.2024 den EU-Haushalt 2025, der damit in Kraft tritt. Der Haushalt 2025 wurde zuvor vom Plenum mit einer Mehrheit von 418 – 185 – 67 angenommen. Der Rat hatte die Einigung bereits am 25.11.2024 gebilligt (siehe Beitrag unter „Finanzen“).

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; 163. AdR-Plenarsitzung

Am 20./21.11.2024 fand das 163. AdR-Plenum statt. Für Hessen nahm die Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Karin Müller, teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Entschließung zum 30-jährigen Bestehen des Europäischen Ausschusses der Regionen“; „die Zukunft der EU-Klimapolitik: Abstimmung der Klimaschutzziele auf die Herausforderungen der Anpassung“; „Beseitigung territorialer Ungleichheiten durch Verbesserung des Zugangs zu Sozialdienstleistungen“; „Beseitigung der Hindernisse für die Zusammenarbeit der Notdienste in den EU-Grenzregionen“; „Faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft: die lokale und regionale Perspektive“; „das Potenzial der Kohäsionspolitik zur Bewältigung des demografischen Wandels“; „Vorschlag für eine Verordnung über die Überprüfung ausländischer Investitionen in der EU“; „die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim Umgang mit den Herausforderungen und Chancen der künstlichen Intelligenz im öffentlichen Sektor“; „die Zukunft des Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit der EU“ sowie „eine erneuerte Kohäsionspolitik nach 2027, bei der niemand zurückgelassen wird“ – Reaktion des AdR auf den neunten Kohäsionsbericht; den Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik und die Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft der Kohäsionspolitik“. Außerdem fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: Jutta Urpilainen (FIN), Kommissarin für internationale Partnerschaften, und Roberta Metsola (MTA), Präsidentin des EP.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2210930&meetingSessionId=2264485>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 26.11.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fand ein Meinungsaustausch über das Arbeitsdokument „die lokale und regionale Perspektive bei der Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206396&meetingSessionId=2259005>

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 27.11.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fand eine Abstimmung über den Stellungnahmeentwurf

„Beitrag der Programmplanung von LEADER und CLLD nach 2027 zu einer besseren Umsetzung der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU“ statt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206565&meetingSessionId=2259179>

Wirtschaft

Kommission; Sondierung zum Digitalen Produktpass (DPP) – Vorschriften für Dienstleister

Am 12.11.2024 veröffentlichte die Kommission die Initiative zu Vorschriften für DDP-Dienstleister. Im Zuge der Ökodesign-Verordnung wurde der DDP eingeführt, mit dessen Hilfe digitale Informationen über die Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft von Produkten sowie über ihre Konformität mit den Rechtsvorschriften leichter zugänglich gemacht werden sollen. Die Kommission möchte nun Vorschriften für die Tätigkeit von DDP-Dienstleistern in einem delegierten Rechtsakt einführen. Bis zum 10.12.2024 können Rückmeldungen zu dieser Initiative abgegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14382-Digitaler-Produktpass-DPP-Vorschriften-fur-Dienstleister_de

Eurostat; Anstieg der Insolvenzen und Unternehmensregistrierungen

Am 14.11.2024 veröffentlichte Eurostat die Zahlen zu Insolvenzen und Registrierungen im dritten Quartal des Jahres 2024. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2024 sind die Insolvenzen insgesamt um 2,7% gestiegen. Den größten Anstieg der Insolvenzen verzeichneten die Bereiche Verkehr (27,8%), Information und Kommunikation (15,3%) sowie Beherbergung und Gastronomie (9,8%). Demgegenüber stieg die Anzahl der Unternehmensregistrierungen im Vergleich zum vorherigen Quartal um 2,2%. Die höchsten Zuwächse gab es im Verkehrsbereich (3,9%), im Baugewerbe (3,7%) und im Finanzsektor (2,7%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241114-3>

Kommission; unangekündigte Kartellinspektionen im Bausektor für Rechenzentren

Am 18.11.2024 gab die Kommission bekannt, unangekündigte kartellrechtliche Überprüfungen im Bausektor für Rechenzentren durchzuführen. Parallel hierzu hat die Kommission förmliche Auskunftersuchen an mehrere in diesem Bereich tätige Unternehmen gesandt. Es bestünde der Verdacht, dass Unternehmen gegen die Vorschriften über Kartelle und wettbewerbsbeschränkende Geschäftspraktiken verstoßen hätten. Ein Fokus liege auf der Untersuchung von möglichen Absprachen in Form von Abwerbeverboten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_5926

Rat; Annahme der Verordnung über das Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten

Am 19.11.2024 hat der Rat die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt formal angenommen. Laut Verordnung soll die Kommission eine Datenbank für Bereiche und Produkte mit Zwangsarbeitsrisiko einrichten. Nach der Bewertung möglicher Risiken können die Kommission und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten künftig Untersuchungen einleiten. Nach deren Abschluss entscheidet die zuständige Behörde, ob das betroffene Produkt etwa verboten oder vom Markt genommen wird.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-67-2024-INIT/de/pdf>

Kohäsionspolitik, „Summit of Power Regions of Europe – For a Modern Cohesion Policy 2028+“ unter Beteiligung des Landes Hessen

Am 20.11.2024 vertrat Karin Müller, Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, das Land Hessen beim Gipfel der „Power Regions of Europe“ in Brüssel. Die „Power Regions“ sind ein Zusammenschluss von derzeit über 70 wirtschaftlich starken Regionen in Europa, die gemeinsame Interessen vertreten. Das Top-Thema des Gipfels war der Plan der Kommission, die EU-Haushaltsmittel der Kohäsionspolitik stärker auf nationaler Ebene zu zentralisieren. Staatssekretärin Müller begrüßte die „Power Regions of Europe“-Initiative, die in der gemeinsamen Erklärung der Regionen untermauert wurde. Aus ihrer Sicht gibt es keinen Grund für einen Systemwechsel von regional zu national. Es brauche keine weitere Bürokratie in der Förderpolitik, sondern bürgernahe Lösungen vor Ort: „Wenn sich über 70 Regionen Europas zusammenfinden, die gemeinsam über 180 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner Europas repräsentieren, dann kann das in Brüssel nicht mehr übersehen werden. Sollten sich die Pläne der Kommission bestätigen, wonach europäische Fördergelder künftig über die Hauptstädte wie Berlin, Rom oder Paris und nicht mehr regional über Wiesbaden, die Emilia Romagna oder Bordeaux verwaltet werden, dann würde das das Gesicht der EU massiv verändern. Gegen diesen Vorschlag haben wir jetzt ein unüberhörbares Zeichen gesetzt“, so Staatssekretärin Müller. Der Zusammenschluss der „Power Regions of Europe“ sei nicht nur die Aufforderung an die Kommission, die Zentralisierungsideen beim EU-Haushalt aufzugeben, sondern auch ein Aufruf, die starken Regionen nicht gegen die strukturschwachen Regionen auszuspielen.

<https://staatskanzlei.hessen.de/presse/land-tritt-allianz-der-power-regions-of-europe-bei>

Eurostat; Ausländische Unternehmen maßgeblich für die EU-Wirtschaft

Laut Zahlen von Eurostat vom 21.11.2024 befand sich im Jahr 2022 1% der für den Markt produzierenden Unternehmen in der EU unter ausländischer Kontrolle. Davon wurden 63% von Institutionen aus anderen Mitgliedstaaten (MS) und 37% von Institutionen aus Ländern außerhalb der EU kontrolliert. Diese Unternehmen trugen mit 24% signifikant zur Wertschöpfung in der EU bei. Am höchsten war der Wertschöpfungsanteil der Unternehmen unter ausländischer Kontrolle in IRL (71%), LUX (55%) und der SLK (52%). DEU gehört mit 17% neben FRA (16%) und ITL (17%) zu den MS, in denen Unternehmen unter ausländischer Kontrolle den geringsten Anteil an der Wertschöpfung ausmachen. Im Jahr 2022 ging die Zahl der EU-Unternehmen, die von in Russland ansässigen Institutionen kontrolliert wurden, im Vergleich zu 2021 um 11% zurück. Gleichzeitig gab es 2022 einen Anstieg von 8% bei den Unternehmen, die von in der Ukraine ansässigen Institutionen kontrolliert werden, mit einem Wertschöpfungsanstieg von 12%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241121-2>

Rat; Sitzung des Handelsrats am 21.11.2024

Am 21.11.2024 tagte der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel) und befasste sich u.a. mit der Zukunft der EU-Handelspolitik. Valdis Dombrovskis, Vizepräsident und Kommissar für Handel, berichtete über den Stand der wichtigsten Handels- und Investitionsverhandlungen. Dazu zählen u.a. laufende Verhandlungen mit Australien, Indonesien, Indien, Mexiko, dem Mercosur, den Philippinen sowie Thailand. Der Rat sprach auch über den aktuellen Stand sowie die Aussichten in Bezug auf die Handelsbeziehungen zu den USA. Der Rat war sich einig, dass die EU und die neue Regierung der USA ihre Zusammenarbeit durch einen offenen Dialog sowie eine zukunftsorientierte Agenda bewahren und weiter vertiefen müssten. Weiterer Tagesordnungspunkt war die Reform der Welthandelsorganisation.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/11/21/>

Kommission; Beantragung von Konsultationen über Chinas Antidumpingzölle auf EU-Branntwein

Am 25.11.2024 hat die Kommission Konsultationen über die von China eingeführten vorläufigen Antidumpingzölle auf EU-Branntwein bei der Welthandelsorganisation (WTO) beantragt. Laut Kommission ist dieser Schritt folgerichtig, da China die vorläufigen Antidumpingzölle auf Grundlage unzureichender Beweise eingeführt habe. Dies widerspräche den Standards des WTO-Rechts.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_5848

Rat; Verhandlungsmandat zum RESTORE-Vorschlag

Am 27.11.2024 haben sich die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) auf die Verhandlungsposition des Rates zum RESTORE-Vorschlag geeinigt. Der Vorschlag beinhaltet Änderungen der Verordnungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Kohäsionsfonds sowie den Europäischen Sozialfonds Plus für den Programmplanungszeitraum (2021-2027). Damit soll sichergestellt werden, dass EU-Mittel zur Unterstützung der von Naturkatastrophen betroffenen MS schnell und flexibel mobilisiert werden können. Mit dem Vorschlag reagierte die Kommission am 21.10.2024 auf die Naturkatastrophen in Mittel-, Ost- und Südeuropa diesen Herbst.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/11/27/assistance-to-member-states-affected-by-natural-disasters-council-agrees-its-position-on-the-restore-proposal/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Rat; Sitzung des Kohäsionsrats am 28.11.2024

Am 28.11.2024 tagte der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ (Kohäsion). Es wurde u.a. über die Stärkung der zentralen Vorteile der Kohäsionspolitik sowie über die Verbesserung der gemeinsamen Verwaltung der Kohäsionsfonds im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip gesprochen. Der Rat verabschiedete zudem Schlussfolgerungen zur Rolle der Kohäsionspolitik bei der Bewältigung demografischer Herausforderungen in der EU. Diese ergänzen die Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft der Kohäsionspolitik und sollen die Kommission bei ihrer Arbeit am nächsten Rechtsrahmen für die Kohäsionspolitik unterstützen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16368-2024-INIT/en/pdf>

Rat; Sitzung: Binnenmarkt und Industrie am 28.11.2024

Am 28.11.2024 tagte der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt und Industrie). Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Diese enthalten die Antworten des Rates zum veröffentlichten Bericht „The future of European competitiveness“ von Mario Draghi (ITL). Ebenso fand eine Orientierungsaussprache über bessere Rechtsetzung statt. Darüber hinaus informierte die Kommission den Rat über den Bericht 2024 des Netzwerks der KMU-Beauftragten. Ebenso stellte der künftige POL Ratsvorsitz das Arbeitsprogramm im Bereich Binnenmarkt und Industrie vor.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16080-2024-INIT/en/pdf>

Verkehr

Eurostat; Zahl der Verkehrstoten 2022 angestiegen

Am 14.11.2024 veröffentlichte Eurostat die Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2022. Die Zahl der Verkehrstoten stieg mit 20.889 um 3,6% im Vergleich zum Vorjahr. Im Durchschnitt gab es 2022 46 Verkehrstote pro Mio. Einwohner. Die Zahl der Verkehrstoten ist in städtischen Regionen und Hauptstadtregionen geringer als in ländlichen Regionen. Die geringsten Zahlen der Verkehrstoten wurden in Åland (FIN) mit 0 Verkehrstoten, in Stockholm (SWE) mit 7, in Wien (AUT) und Berlin (DEU) mit jeweils 9 gemeldet. Die drei hessischen Regionen (NUTS-Ebene 2, d.h. Ebene der Regierungsbezirke in DEU) liegen knapp unter dem EU-Durchschnitt. 2022 betrug die durchschnittliche Anzahl der Verkehrstoten pro Mio. Einwohner in Kassel 45, in Gießen 39 und in Darmstadt 28.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241114-2>

Energie

EuG; Klageabweisung in der Rechtssache Nord Stream 2 gegen EP und Rat

Mit Urteil vom 27.11.2024 wies das EuG in der Rechtssache T-526/19 RENV (Nord Stream 2 gegen EP und Rat) die Nichtigkeitsklage gegen die Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt („Änderungsrichtlinie“) als unbegründet ab. Nach der „Änderungsrichtlinie“ finden die Vorschriften des Erdgasbinnenmarktes auch auf Gasfernleitungen aus Drittländern Anwendung. Ausnahmen gelten nur für Leitungen, die vor dem 23.05.2019 fertiggestellt wurden. Diese Ausnahme gilt für Nord Stream 2 nicht. Das EuG wies die Klage ab, da der Unionsgesetzgeber weder gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit noch den des Vertrauensschutzes sowie der Verhältnismäßigkeit verstoßen habe. Die Nord Stream 2 AG habe bereits im November 2017 mit dem Vorschlag der „Änderungsrichtlinie“ vorhersehen können, dass sie unter die Vorschriften des Erdgasbinnenmarktes fallen werde.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-526/19>

Digital

Kommission; Berichtsansforderungen an VLOPs und VLOSEs

Die Kommission teilte am 26.11.2024 mit, dass die ersten 19 großen Online-Plattformen (Very Large Online Platforms/VLOP) und sehr große Suchmaschinen (Very Large Online Search Engines/VLOSE) ab 26.11.2024 zum ersten Mal ihre jährlichen Risiko- und Prüfberichte gemäß dem Gesetz über Digitale Dienste (Digital Services Act/DSA) veröffentlichen müssen. Diese enthalten Beurteilungen der möglichen Gefahren, wie die Verbreitung illegaler Inhalte, Desinformation sowie den Schutz von Minderjährigen und beschreiben die ergriffenen Maßnahmen zur Minderung dieser Risiken. Ziel ist es, Transparenz und Verantwortung in der Tech-Branche zu fördern und Nutzerinnen und Nutzer zu schützen.

https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/very-large-online-platforms-and-search-engines-publish-first-risk-assessment-and-audit-reports?pk_campaign=Shaping%20Europe%27s%20Digital%20Future%20website%20updates&pk_medium=email&pk_source=ec_newsroom

Innovationsrat; EIC; Horizont Europa; Women Leadership Programme

Am 15.11.2024 hat die Kommission bekannt gegeben, dass der Europäische Innovationsrat (EIC), eine Förderlinie im Programm Horizont Europa, das EIC Women Leadership Programme (EIC WLP) neu lanciert habe. Aufbauend auf dem Erfolg der vorangegangenen Ausgaben stehe diese Ausschreibung, die von Februar bis April 2025 läuft, Forscherinnen sowie Unternehmerinnen in der Anfangsphase ihrer Aktivitäten offen. Die Förderlinie ist auf die Bedürfnisse dieser Gruppen ausgerichtet, indem sie ihnen hilft, ihre Geschäftsideen zu validieren und auszubauen. Die Ausschreibung bietet Hilfestellung bei wichtigen Geschäftsaspekten, wie z.B. Unternehmensgründung, Entwicklung und Validierung von Geschäftsmodellen, Zugang zu Frühfinanzierung usw. Die Teilnehmerinnen erhalten Zugang zu einem Mentor und Business Coach und haben die Möglichkeit, ihr Netzwerk durch Online-Veranstaltungen zu erweitern. Bewerbungen sind bis zum 15.12.2024 möglich.

<https://eic.eisma.eu/community/stories/open-call-eic-women-leadership-programme-7th-cohort-calling-women-researchers-and>

Kommission; Forschung; Charta für den Zugang zu Forschungsinfrastrukturen

Am 27.11.2024 hat die Kommission eine überarbeitete Charta zum Thema Zugang zu Forschungsinfrastrukturen vorgelegt. In dieser Charta werden nicht-regulatorische Grundsätze und Leitlinien dargelegt, die Forschungsinfrastrukturen bei der Festlegung ihrer Zugangspolitik als Referenz verwenden können. Die Charta ist ein Ergebnis von Beratungen in Gremien des Europäischen Forschungsraums (EFR). Die überarbeitete Charta soll die sich rasch entwickelnde Forschungsinfrastrukturlandschaft in der EU widerspiegeln. Die Elemente der überarbeiteten Charta sind der Schwerpunkt auf offener Wissenschaft (Open Science), transparenter Weitergabe von Wissen, Einhaltung der FAIR-Grundsätze, Berücksichtigung der Forschungssicherheit und der offenen strategischen Autonomie. Die Anerkennung der wachsenden Rolle der Forschungsinfrastrukturen bei der Förderung von Innovation und Unternehmertum durch Berücksichtigung der Bedürfnisse neuer Nutzer, insbesondere aus der Industrie und KMU, wurde ebenfalls aufgenommen. Gemäß der FAIR-Grundsätze sollen Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sein.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/ec4692ae-ac6f-11ef-acb1-01aa75ed71a1/language-en>

Kommission; Eröffnungssitzung des Technologierats für fortgeschrittene Werkstoffe

Am 15.11.2024 hat die erste Sitzung des rund 50-köpfigen EU-Technologierats für fortgeschrittene Werkstoffe (Advanced Materials) stattgefunden. Ziel der Sitzung war es, an den gemeinsamen Bemühungen der EU, der Mitgliedstaaten (MS), der Industrie und der Wissenschaft zu arbeiten, um eine klare strategische Sicht auf den Bedarf an den genannten Werkstoffen in Europa zu erlangen. Aufgabe des Technologierates ist es, die Führungsrolle der EU in der Forschung zu sichern sowie Innovationen auf den Binnenmarkt zu bringen, wobei der „Green Deal“ und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit wichtige Leitplanken darstellten. Der Technologierat wurde in der Mitteilung über fortgeschrittene Werkstoffe für industrielle Spitzenleistungen angekündigt und durch den entsprechenden Beschluss der Kommission eingerichtet. Der Technologierat bringt hochrangige Vertreter aus verschiedenen MS zusammen. Für DEU nehmen BMBF und BMWK künftig teil.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/technology-council-advanced-materials-holds-inaugural-meeting-2024-11-18_en

Kommission; Programm EU4Health; Jahresarbeitsprogramm; Gesundheitsforschung

Am 15.11.2024 hat die Kommission eine Änderung und Ergänzung des Jahresarbeitsprogramms 2024 des Programms EU4Health beschlossen, das sich insbesondere auch der Gesundheitsforschung widmet. Die Ergänzung der Kommission sieht eine Reihe von Themen vor, die im Zuge künftiger Ausschreibungen behandelt werden sollen. Der Aktionsplan gegen den Krebs sowie die Beiträge zu diesem Plan sollen entsprechend durch neue Maßnahmen in den folgenden Bereichen vorangebracht werden: durch einen Pass für Krebsüberlebende; die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA in den Bereichen Pädiatrie und Lungenkrebs; die kontinuierliche Unterstützung des Wissenszentrums für Krebs sowie die Analyse der Unterschiede und Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Regionen. Darüber hinaus sollen vor dem Hintergrund des neuen Mandats der Kommission Studien im Rahmen horizontaler Tätigkeiten begonnen werden, mit denen mögliche Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Versorgung mit Medizinprodukten sowie zur Förderung der Innovation sowie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im medizinischen Biotechnologiesektor der EU bewertet werden sollen. Ferner sollen zwei neue Maßnahmen aufgenommen werden, um das „Afrikanische Zentrum für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten“ und die „Afrikanische Gesellschaft für Labormedizin (ASLM)“ bei der Bekämpfung des Mpox-Virus sowie die Bewertung der Diversifizierung der Lieferketten für kritische Arzneimittel und medizinische Gegenmaßnahmen zu unterstützen.

https://health.ec.europa.eu/document/download/3ba8efe6-8307-48f1-abc7-b0ba6387b17c_de?filename=c2024_7871_summary_en.pdf

Finanzdienstleistungen

Rat; Annahme neuer Vorschriften zu EU-Clearingdienstleistungen

Am 19.11.2024 hat der Rat neue Vorschriften für EU-Clearingdienstleistungen angenommen. Die Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen (EMIR) enthält Vorschriften für außerbörslich gehandelte Derivate (OTC-Derivate), zentrale Gegenparteien (CCPs) sowie Transaktionsregister. Die Reform zielt u.a. auf eine Straffung von Verfahren und eine Stärkung der Aufsicht über zentrale Gegenparteien (CCPs) ab. Im Ergebnis soll das neue Regelwerk die EU-Clearinglandschaft attraktiver und widerstandsfähiger machen, die Finanzstabilität der EU wahren sowie offene strategische Autonomie der EU stärken, indem die übermäßige Abhängigkeit von systemrelevanten CCPs in Drittstaaten verringert werde.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/19/capital-markets-union-council-adopts-revamped-rules-for-eu-clearing-services/?utm_source=brev&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Rat; Annahme neuer ESG-Ratingverordnung

Der Rat hat am 19.11.2024 eine neue Verordnung über Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance (ESG) angenommen. Die Verordnung soll Rating-Tätigkeiten in der EU kohärenter, transparenter und vergleichbarer gestalten, um so das Vertrauen der Anleger in nachhaltige Finanzprodukte zu stärken. Zu den Bestimmungen gehört, dass in der EU niedergelassene Anbieter von ESG-Ratings von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA zugelassen und beaufsichtigt werden sowie bestimmte Transparenzanforderungen

erfüllen müssen. ESG-Ratings geben Auskunft zum Nachhaltigkeitsprofil eines Unternehmens oder Finanzinstruments.

<https://r.newsletter.consilium.europa.eu/mk/cl/f/sh/1t6Af4OiGsE8LUO3GVewdRAsIQIoo2/4G2pH3MapnmM>

ESMA; Konsultation zu EMIR III

Am 20.11.2024 hat die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA ein Konsultationspapier in Zusammenhang mit der Reform der Europäischen Marktinfrastrukturverordnung EMIR III veröffentlicht. Die Konsultation fokussiert sich auf die neue Vorgabe für bestimmte finanzielle und nicht-finanzielle Gegenparteien, ein aktives Konto bei einer EU-CCP zu unterhalten. Eine Teilnahme ist für Stakeholder bis zum 27.01.2025 möglich.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/consultations/consultation-conditions-active-account-requirement-under-emir-3>

EZB; Veröffentlichung des Finanzstabilitätsberichts unterstreicht angespannte Finanzlage im Euroraum

Am 20.11.2024 hat die EZB den neuen Finanzstabilitätsbericht vorgestellt. Dieser bietet einen Überblick über potenzielle Risiken für die Finanzstabilität im Euroraum und soll damit das Bewusstsein für Finanzstabilität in der Finanzbranche und im Euroraum fördern. In dieser Ausgabe wird zunächst festgestellt, dass neben geopolitischen und politischen Unsicherheiten auch die globalen Handelsspannungen weiter zunehmen. So sei an den Finanzmärkten die Volatilität angestiegen. Auch Liquiditätsschwächen bei Finanzintermediären außerhalb des Bankensektors hätten das Potenzial, sich weiter zu verschärfen. In ihrem Bericht merkt die EZB, dass eine Verringerung der Schuldenquote nicht zu einer Entspannung der fiskalischen Probleme in mehreren Ländern des Euroraums geführt habe. Gründe hierfür seien die anhaltende politische Unsicherheit sowie Bedenken hinsichtlich des Kreditrisikos, insbesondere im Immobiliensektor sowie bei kleineren und mittelgroßen Unternehmen. Begleitet werde dies von der Sorge der Akteure vor einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums.

<https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/fsr/ecb.fsr202411~dd60fc02c3.en.pdf>

EuG; Kartellstrafe für HSBC

Am 27.11.2024 bestätigte das Gericht der EU (EuG) in der Rechtssache T-561/21 HSBC Holdings u.a./Kommission die gegen die britische Großbank HSBC verhängte Geldstrafe in Höhe von 31,74 Mio. EUR. Die Kommission hatte die Geldbuße im Jahr 2021 aufgrund der Rolle von HSBC in einem Euro-Zinsderivate-Kartell verhängt. Das EuG wies sowohl das Vorbringen von HSBC zum Verstoß gegen die Verjährungsfrist für die Verhängung einer Geldbuße als auch jenes zur Nichtigerklärung des Beschlusses der Kommission sowie den Antrag auf Herabsetzung der Geldbuße zurück.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-561/21>

F i n a n z e n

Kommission; Herbstprognose 2024

Die Kommission legte am 15.11.2024 ihre Herbstprognose 2024 vor. Darin sieht sie die Wirtschaft von EU und Eurozone nach einer langen Durststrecke wieder auf moderatem Wachstumskurs. Im Jahre 2024 soll das BIP der EU um 0,9% wachsen, das der Eurozone um 0,8%. DEU hingegen sieht laut Prognosen 2024 einem BIP-Rückgang von 0,1%, 2025 dann einem schwachen Wachstum von 0,7% entgegen.

Für 2025 geht die Kommission für die EU von einem BIP-Wachstum von 1,5% in der EU und 1,3% in der Eurozone aus. Zugleich solle die Inflationsrate weiter rückläufig sein und 2024 auf 2,6% (Eurozone: 2,4%), 2025 auf 2,4% (Eurozone: 2,1%) zurückgehen. Während der Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von 6,1% in 2024 robust bleibt, liegt die Staatsverschuldung der EU mit einem prognostizierten Anstieg auf 83,4% des BIP bis 2026 (Eurozone: 90,0%) über dem Maastricht-Grenzwert von 60% des BIP. Die Kommission warnte zudem vor geopolitischen Risiken und betonte, die EU müsse ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen und Strukturreformen stärken.

https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/7173e7c9-3841-4660-8d6a-a80712932f81_en?filename=ip296_en.pdf&prefLang=de

EP; Rat; Jahreshaushaltsplan 2025

Im Rahmen des ECOFIN vom 16.11.2024 einigten sich Rat und EP auf den Jahreshaushaltsplan der EU für 2025. Die Mittel für Verpflichtungen belaufen sich auf insgesamt 192,8 Mrd. EUR und die Mittel für Zahlungen auf insgesamt 149,6 Mrd. EUR. Darin nicht enthalten sind Mittel, die nicht unter den Mehrjährigen Finanzrahmen fallen. Unter Einbezug besonderer Instrumente außerhalb des MFR umfasst der Haushaltsplan 199,4 Mrd. EUR an Verpflichtungen und 155,2 Mrd. EUR an Zahlungen. Bis zur Ausgabenobergrenze des derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmens für 2021-2027 bleiben für das laufende Jahr noch 800,5 Mio. EUR verfügbar. Dies soll der EU ermöglichen, auf unvorhersehbare Erfordernisse zu reagieren. Zusätzliche Mittel sollen u.a. in Gesundheitsforschung, humanitäre Hilfe und Grenzmanagement fließen. Am 25.11.2024 stimmte der Rat, am 27.11.2024 das EP-Plenum, der Einigung zu.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/25/council-gives-go-ahead-to-eu-annual-budget-for-2025/>

Kommission; Herbstpaket des Europäischen Semesters 2025

Am 26.11.2024 stellte die Kommission ihr Herbstpaket des Europäischen Semesters 2025 vor. Es handelt sich um das erste Herbstpaket seit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im April 2024. 22 Mitgliedstaaten (MS) legten bislang wie aufgefordert mittelfristige Pläne mit Angaben zu Haushalts-, Reform- und Investitionszielen vor. Bis auf HUN, dessen Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, und den NDL, bewertete die Kommission alle Pläne positiv. FIN, FRA, ITA, ESP und ROM beantragten eine Verlängerung des Anpassungszeitraums von vier auf sieben Jahre. DEU gehört zu den fünf MS, die aufgrund von anstehenden Neuwahlen bzw. Koalitionsverhandlungen bisher keine mittelfristigen Pläne vorgelegt haben und dies möglichst zeitnah nach der Regierungsbildung nachholen müssen. Für die acht MS, die sich aktuell im Defizitverfahren befinden (BEL, FRA, ITA, MTA, POL, ROM, SLK und HUN), legt die Kommission Korrekturpfade vor und will dem Rat zudem vorschlagen, AUT angesichts seiner hohen Neuverschuldung in das Defizitverfahren aufzunehmen. Die Kommission bewertete zudem die Haushaltsentwürfe 2025 von 17 MS der Eurozone, wobei DEU nur teilweise mit den fiskalischen Empfehlungen in Einklang stehe.

https://commission.europa.eu/publications/2025-european-semester-autumn-package_en?prefLang=de

Kommission; Positive Bewertung des DEU ARF-Zahlungsantrags

Die Kommission gab am 26.11.2024 eine vorläufige positive Bewertung zum zweiten Zahlungsantrag von DEU aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) ab. Die ARF ist das Herzstück des Corona-Rettungsfonds NextGenerationEU und soll Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten fördern. Der aktuelle Zahlungsantrag von DEU beläuft sich auf 13,5 Mrd. EUR an nicht rückzahlbaren Finanzhilfen (ohne

Vorfinanzierung). In ihrer vorläufigen Bewertung kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass DEU die 16 Etappenziele und 26 Zielwerte, an die die Auszahlung der zweiten und dritten Tranche geknüpft ist, zufriedenstellend erfüllt habe. Die Reformen und Investitionen fokussieren sich u.a. auf Forschung und Innovation, erneuerbare Energien, Gesundheitswesen und Digitalisierung. Als Beispiele hebt die Kommission die Reform des Onlinezugangsgesetzes zur Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen sowie eine Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie sowohl an Land als auch im Offshore-Bereich hervor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_6065

EuRH; Lücken bei der Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken

In einem am 28.11.2024 veröffentlichten Bericht bemängelt der EuRH Schlupflöcher in den EU-Vorschriften zur Bekämpfung aggressiver Steuerpraktiken. Laut den Prüfern wendeten internationale Konzerne zunehmend komplexe Strategien an, um ihre Steuerlast zu verringern. Zwar habe es in den vergangenen Jahren drei neue EU-Richtlinien zur Eindämmung schädlicher Steuerpraktiken gegeben, jedoch würden diese durch die Mitgliedstaaten (MS) unterschiedlich ausgelegt. Auch eine Überprüfung der Wirksamkeit der neuen Vorschriften habe faktisch nicht stattgefunden. Verbesserungsbedarf bestehe zudem in Hinblick auf den grenzüberschreitenden Informationsaustausch über potenziell schädliche Steuergestaltungsmodelle, auf den die MS bislang zu wenig zurückgriffen.

<https://www.eca.europa.eu/de/news/NEWS-SR-2024-27>

S o z i a l e s

Rat; Schlussfolgerungen zu Chancen für junge Menschen im ländlichen Raum

Am 25.11.2024 hat der Rat Schlussfolgerungen zu Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten angenommen. Darin strebten die Mitgliedstaaten u.a. an, den Zugang junger Menschen in ländlichen Gebieten zu digitalen Diensten – etwa durch Stärkung der digitalen Infrastruktur – zu verbessern sowie junge Menschen, die in ländlichen und abgelegenen Gebieten leben, in Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen einzubeziehen. Auch um den Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätze sowie hochwertige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu verbessern, fordert der Rat die Kommission auf, den Zugang zu einschlägigen EU-Initiativen und -Fonds zu verbessern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16124-2024-INIT/de/pdf>

Kommission; Tag der Lohngleichheit am 15.11.2024

Anlässlich des „Tags der Lohngleichheit“ warb die Kommission für das EU-Grundprinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Der Tag fiel in diesem Jahr auf den 15.11.2024. Für jeden EUR, den ein Mann verdient, bekomme eine Frau laut Kommission nur 0,87 EUR. Dieses geschlechtsspezifische Lohngefälle mache einen Unterschied von etwa anderthalb Monatsgehältern pro Jahr aus. Angesichts dieses Einkommensverlusts markiere der Europäische Tag der Lohngleichheit den Tag, ab dem Frauen in der EU symbolisch für den Rest des Jahres „unbezahlt“ arbeiteten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_5806

EP; Woche der Antibiotika-Resistenzen

Von 18.-24.11.2024 warb der SANT-Unterausschuss für die weltweite Woche der Antibiotika-Resistenzen (AMR). Unter dem Motto „Bilden. Befürworten. Jetzt handeln.“ forderte die Kampagne konkrete Aktionen, um den wachsenden Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit, die durch die AMR erzeugt werden, zu begegnen.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/sant/home/highlights>

Landwirtschaft und Umwelt

Rat; Forderung nach einer EU-Proteinstrategie

Beim Agrarrat am 18.11.2024 stellten DEU und DNK ihren gemeinsam erarbeiteten Vorschlag der Entwicklung einer EU-Proteinstrategie vor, mit der die Eiweißproduktion für Lebens- und Futtermittel in der EU gestärkt sowie insbesondere Forschung und Innovation zu alternativen Produkten gefördert werden soll. Die an die Kommission gerichtete Forderung, eine solche Strategie unter Berücksichtigung der bestehenden nationalen Eiweißstrategien zu formulieren, wurde von einigen Mitgliedstaaten (MS) unterstützt. Viele MS – einschließlich der Unterstützer des Textes wie etwa CZR, EST, IRL und LUX – betonten allerdings die weiterhin hohe Bedeutung tierischer Proteine, sei es aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Tierhaltungssektors oder um eine ausgewogene Ernährung sicherzustellen. ITL und FRA sprachen sich gegen die Reduzierung der Tierproduktion und die Förderung von Alternativen wie synthetischem Fleisch aus, u.a. mit dem Argument, dass eine Förderung dieser neuartigen Produkte die „echte“ Lebensmittelproduktion bedrohen könnte. FRA warnte vor irreführenden Bezeichnungen bei Lebensmitteln, die aus pflanzlichen Alternativen zu tierischem Eiweiß stammten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2024/11/18/>

EuGH; Vertragsverletzungsverfahren wegen unzureichender Maßnahmen zum Schutz von „Mähwiesen“

Der EuGH stellt in seinem Urteil vom 14.11.2024 fest, dass DEU gegen die Anforderungen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) – RL 92/43/EWG – verstoßen habe, indem es keine hinreichenden verbindlichen Maßnahmen ergriffen habe, um die beiden wichtigen Lebensraumtypen „Flachlandmähwiesen“ sowie „Berg-Mähwiesen“ in „Natura-2000-Gebieten“ zu schützen und dort einen günstigen Erhaltungszustand wiederherzustellen bzw. zu bewahren. Dadurch sei es zur Verkleinerung bzw. Verlust dieser Lebensraumtypen in Schutzgebieten gekommen. Die Kommission hatte DEU in ihrer Klage vom 31.01.2023 einerseits vorgeworfen, dass die getroffenen unverbindlichen Maßnahmen nicht ausreichten, um die Erhaltungsziele von Natura 2000 zu erfüllen. Andererseits seien die bisherigen Bemühungen der deutschen Behörden unzureichend. Der EuGH folgte mit seinem Urteil den Schlussanträgen des Generalanwalts und gab damit der ersten Rüge der Kommission statt. Die zweite Rüge der Kommission, der zufolge DEU nicht jährlich aktualisierte Daten zu den Schutzgebieten vorgelegt habe, sondern gemäß Art. 17 der FFH-Richtlinie nur alle sechs Jahre, wurde vom EuGH zurückgewiesen. Aus dem Urteil erwachsen DEU Wiederherstellungspflichten von aktuell oder zuvor landwirtschaftlich genutzten Flächen in „Natura-2000-Gebieten“; davon sind auch Berg- und Flachlandmähwiesen in „FFH-Gebieten“ in Hessen betroffen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=3054D781BC2A31A9CD9D0190EB362BE5?text=&docid=292276&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8705361>

Rat; Landwirtschaft und Fischerei am 18.11.2024

Im Bereich der Landwirtschaft informierten sich Kommission und Mitgliedstaaten gegenseitig über die Lage auf den EU-Märkten für Agrarlebensmittel. Der ukrainische Minister für Agrarpolitik und Ernährung, Vitalii Koval, berichtete als Gast über die Lage des Agrarsektors in der Ukraine. Die Minister erkannten an, dass die EU-Agrarlebensmittelmärkte gewisse positive Anzeichen für eine teilweise Rückkehr zur Stabilität aufweisen; die Nachfrage nach Agrarlebensmitteln sei in den meisten Sektoren gestiegen, die Düngemittelkosten seien gesunken und die Inflation bei Lebensmitteln gehe zurück. Die Minister befassten sich ferner mit aktuellen Herausforderungen wie den Auswirkungen des Klimawandels, der Ausbreitung von Tierseuchen wie z.B. dem Blauzungenvirus oder der Vogelgrippe und Pflanzenkrankheiten, mit der geopolitischen Lage sowie Spannungen im Handel. In Bezug auf China forderte der Rat die Kommission nachdrücklich auf, die Lage weiterhin zu beobachten und den Standpunkt der EU zu verteidigen. Einige Ministerinnen und Minister betonten im Hinblick auf die Handelsverhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur, dass eine faire Behandlung der Landwirtinnen und Landwirte in der EU sichergestellt werden müsse.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2024/11/18/>

Rat; Änderung der Entwaldungsverordnung

Der Ministerrat hat seine Unterstützung für die gezielte Änderung der EU-Entwaldungsverordnung, der zufolge sich der Geltungsbeginn der Verordnung um 12 Monate verschieben soll, am 20.11.2024 bekräftigt. Zuvor hatte das EP am 14.11.2024 die Verschiebung der Anwendung der Vorschriften um ein Jahr gefordert. Die Verschiebung soll Drittländern, Mitgliedstaaten, Marktteilnehmern und Händlern mehr Zeit geben, sich darauf vorzubereiten, ihre Sorgfaltspflichten zu erfüllen, d. h. sicherzustellen, dass bestimmte Rohstoffe und Erzeugnisse, die in der EU verkauft oder aus der EU exportiert werden, „entwaldungsfrei“ sind. Dies betrifft Erzeugnisse aus Rind, Holz, Kakao, Soja, Palmöl, Kaffee und Gummi sowie einige ihrer Folgeprodukte. Der Rat lehnte die weiteren vom EP geforderten Änderungsvorschläge ab, sodass nun ein Vermittlungsverfahren zwischen Rat und EP aufgenommen werden muss. Der Vorschlag der Kommission müsste vor dem 30.12.2024 von beiden Gesetzgebern angenommen, unterzeichnet und im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden, damit die Bestimmungen der Verordnung ab diesem Tag gelten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/20/eu-deforestation-law-council-reconfirms-its-agreement-to-extend-application-timeline/>

J u s t i z

Eurojust; Michael Schmid neuer Präsident von Eurojust

Am 15.11.2024 hat Michael Schmid (AUT) sein Amt als neuer Präsident der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) mit Sitz in Den Haag (NDL) angetreten. Schmid gehört seit 2022 als nationales Mitglied für die AUT Justizbehörden dem Kollegium von Eurojust an und wurde am 12.11.2024 für eine vierjährige Amtszeit zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten Ladislav Hamran (SLK) gewählt, der damit seine zweite und letzte Amtszeit beendet.

<https://www.eurojust.europa.eu/news/mr-michael-schmid-elected-new-president-eurojust>

Rat; Erörterung des Sachstands im Verfahren gegen HUN nach Art. 7 EUV

Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ hat am 19.11.2024 im Rahmen des Verfahrens nach Art. 7 Abs. 1 EUV den Sachstand in Bezug auf die Achtung der Grundwerte der EU in HUN erörtert. Die Kommission informierte über die jüngsten Entwicklungen in HUN. Anschließend hatten die Ministerinnen und Minister Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. HUN legte seine Bemerkungen vor. Der Vorsitz stellte abschließend fest, dass der Rat mit der Angelegenheit befasst bleibe. Das Verfahren war 2018 vom EP eingeleitet worden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2024/11/19/>

EP; Wiederaufnahme der Beobachtungsgruppe für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte

Am 21.11.2024 hat sich die Beobachtungsgruppe für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (DRFMG) im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) für die neue Wahlperiode konstituiert und MdEP Sophie Wilmès (RENEW/BEL) zu ihrer Vorsitzenden gewählt. Die MdEP des DRFMG werden während der nächsten fünf Jahre weiterhin die Situation der Werte aus Art. 2 EUV in allen Mitgliedstaaten beobachten. Im Juni 2018 hatte der Ausschuss die Gruppe nach den Morden an der MTL Bloggerin und Journalistin, Daphne Caruana Galizia, sowie des SLK Journalisten, Ján Kuciak, und seiner Verlobten erstmals etabliert und in der Wahlperiode 2019-2024 mit einem erweiterten Mandat erneut gebildet.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20241118IPR25454/monitoring-the-situation-of-european-values-ep-working-group-resumes-work>

I n n e r e s

EuGH; Urteil: POL und CZR Verstoß gegen das Unionsrecht

Der EuGH hat mit Urteil vom 19.11.2024 in den Rechtssachen C-808/21 (Kommission/CZR) und C-814/21 (Kommission/POL) entschieden, dass POL und CZR dadurch gegen das Unionsrecht verstoßen, dass sie Unionsbürgern, die nicht deren Staatsangehörigkeit besitzen, aber ihren Wohnsitz in dem jeweiligen Staat haben, das Recht auf Mitgliedschaft in einer politischen Partei verwehren. Nach den Rechtsvorschriften von POL und CZR haben nur die jeweils eigenen Staatsangehörigen das Recht, dort Mitglied einer politischen Partei zu werden. Der EuGH führt aus, die wirksame Ausübung des durch das Unionsrecht garantierten passiven Wahlrechts bei Kommunal- und Europawahlen verlange, dass Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat (MS), dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, gleichen Zugang zu den Mitteln haben sollen, über die die Angehörigen dieses MS für die wirksame Ausübung des Wahlrechts verfügten. Die Kommission hatte hierzu beim EuGH zwei Vertragsverletzungsklagen gegen POL und CZR erhoben.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=292411&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10043851>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=292412&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10043758>

Rat; Gemeinsame Erklärung von HUN, ROM, BUL und AUT zu Beitritt von BUL und ROM zum Schengen-Raum

Am 04.01.2024 trat der Beschluss (EU) 2024/210 des Rates vom 30.12.2023 über die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in BUL und ROM in Kraft. Dem Ratsbeschluss war auch eine Gemeinsame Erklärung von AUT, ROM und BUL zur Fortsetzung der gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung der irregulären Migration beigefügt. In einer weiteren Gemeinsamen Erklärung vom 22.11.2024 haben der HUN Ratsvorsitz, ROM, BUL und AUT die Fortschritte bei der Verringerung der illegalen Migration in die EU und in die betroffenen Mitgliedstaaten anerkannt sowie vereinbart, weiterhin für einen anfänglichen Zeitraum von mindestens sechs Monaten Kontrollen an den Binnengrenzen durchzuführen; konkret an den Landgrenzen zwischen HUN und ROM sowie ROM und BUL. Sie sind ferner übereingekommen, die notwendigen Schritte einzuleiten, um den förmlichen Beschluss des Rates zur Festlegung des Zeitpunkts für die Aufhebung der Personenkontrollen an den Landbinnengrenzen mit und zwischen BUL und ROM bis Ende dieses Jahres anzunehmen.

<https://hungarian-presidency.consilium.europa.eu/en/news/joint-hungarian-austrian-romanian-and-bulgarian-declaration/>

Kommission; Vorschlag für Verordnung zur Digitalisierung von Personalausweisen zur Erleichterung des Reisens

Die Kommission stellt für die Zeit vom 22.11.2024 bis 17.01.2025 den Vorschlag für eine Verordnung zur Digitalisierung von Personalausweisen zur Erleichterung des Reisens zur Konsultation. Wie in ihrem Arbeitsprogramm 2023 angekündigt, plant die Kommission die Vorlage eines Vorschlags zur Digitalisierung von Reisedokumenten und zur Erleichterung des Reisens, um Engpässe an den Grenzübergängen zu verringern, Wartezeiten zu verkürzen sowie die Sicherheit und Effizienz der Grenzkontrollen zu erhöhen. Ziel der Initiative ist es, auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten ausgestellten Personalausweise ein gemeinsames Format für digitale Reisedokumente zu schaffen, das Bürgerinnen und Bürger der EU bei der Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit nutzen können.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14156-Reisen-Digitalisierung-von-Personalausweisen-zur-Erleichterung-des-Reisens_de

Bildung und Kultur

Rat; „Bildung“ zur Hochschulpolitik

Am 25.11.2024 hat sich der Rat für Bildung unter HUN Vorsitz mit aktuellen hochschulrelevanten Dossiers befasst. Die Ratsdelegationen tauschten sich u.a. zu dem von der Kommission vorgelegten Vorschlag aus, nach dem ein „European Degree“ („Europäischer Abschluss“) entwickelt werden soll, den Hochschulen anhand gemeinsamer europäischer Kriterien perspektivisch an Promovierende und Studierende vergeben können sollen. Unter den Delegationen hatte der Vorschlag der Kommission unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Während mehrere Delegationen, u.a. BEL und PTL, die Initiative begrüßten, um Integration und Attraktivität der Hochschulen zu stärken, äußerten andere, darunter HUN, Vorbehalte. Einige Delegationen betonten, es dürfe keine Ungleichheit oder ein „Zwei-Klassen-System“ entstehen, offene Fragen müssten dahingehend noch von der Kommission beantwortet und präzisiert werden. Die Ministerinnen und Minister widmeten sich auch dem Thema „Bildung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“. Die Diskussionen

konzentrierten sich auf die Rolle der Hochschulbildung bei der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/25/council-adopts-recommendation-on-attractive-and-sustainable-careers-in-higher-education/>

Rat; „Bildung“, Empfehlung zu Karrieren an Hochschulen

Am 25.11.2024 hat der Rat für Bildung eine Empfehlung zu Karrieren im Hochschulbereich verabschiedet. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Attraktivität und Nachhaltigkeit von Laufbahnen im Hochschulbereich zu verbessern. Das Dokument unterstreicht die Notwendigkeit, die Vielfalt der akademischen Laufbahnen anzuerkennen, und hebt hervor, dass es wichtig sei, dabei sowohl die Lehre als auch die Forschung zu würdigen. Die Empfehlung umfasst auch Maßnahmen, die Anreize für Hochschulangehörige schaffen sollen, um sich an einer breiteren Palette von karrierebezogenen Aktivitäten beteiligen zu können, einschließlich internationaler Bildungsaktivitäten. In der Empfehlung werden unterstützende Maßnahmen hervorgehoben, die Hochschuleinrichtungen ergreifen könnten, um Karrieren in diesem Sektor attraktiver zu machen, u.a. bessere Arbeitsbedingungen, kontinuierliche berufliche Weiterentwicklung, Gleichstellung der Geschlechter, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und Inklusion. Insbesondere fordert der Rat eine stärkere Anerkennung des gesamten Spektrums an Rollen und Aufgaben, die akademisches und professionelles Personal zusätzlich zu den Forschungstätigkeiten wahrnimmt. Dazu gehören Lehre, Innovation, Mentoring, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und institutionelle Steuerung. Die Empfehlung stellt die Annahme des ersten Dossiers des von der Kommission vorgeschlagenen Hochschulpakets dar. Das Paket enthält auch einen Vorschlag für einen europäischen Abschluss („European Degree“), der automatisch in der gesamten EU anerkannt werden könnte und für Studierende und Promovierende Vorteile bieten soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/25/council-adopts-recommendation-on-attractive-and-sustainable-careers-in-higher-education/>

Kommission; EU-Kulturförderung für die Ukraine

Am 22.11.2024 hat die Kommission nähere Informationen zu einer Ausschreibung im EU-Kulturförderprogramm Kreatives Europa veröffentlicht, die zum Ziel hat, den Zugang von ukrainischen Kulturschaffenden zu Kultur und Kulturerbe zu stärken. Projekte sollen den Zugang zu Kultur von Geflüchteten aus der Ukraine in Europa fördern. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat verheerende Auswirkungen auf den ukrainischen Kultur- und Kreativsektor, wie die Kommission betont. Viele Organisationen sowie Künstlerinnen und Künstler könnten wegen des Krieges nicht arbeiten und ihr nationales bzw. internationales Publikum nicht erreichen. Darüber hinaus hätten viele ukrainische Geflüchtete keinen uneingeschränkten Zugang zu ihrer Kultur. Die Ausschreibung zielt daher darauf ab, Verbindungen zwischen ukrainischen Organisationen und ihren Partnern in den anderen am Programm Kreatives Europa teilnehmenden Ländern zu stärken, um so ihre Integration zu fördern und einen Beitrag zu den internationalen kulturellen Beziehungen der EU zu leisten. Zu berücksichtigende Aspekte sind: Die Förderung der Integration, des sozialen Zusammenhalts oder der Gesundheit durch Kultur. Bewerbungen sind bis zum 06.02.2025 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/crea-cult-2025-coop-ua-2>

Rat; „Kultur und Sport“ zu Medienkompetenz

Die für Kultur und Sport zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten sind am 26.11.2024 in Brüssel zusammengekommen und haben sich u.a. über die Rolle der Bibliotheken bei der Entwicklung der Medienkompetenz ausgetauscht. Dabei diskutierten sie darüber, wie Bibliotheken ihre Medienkompetenzprogramme erweitern könnten, welchen Partnerschaften z.B. mit Hochschulen, Technologieunternehmen und Organisationen Vorrang eingeräumt werden sollte sowie über welche spezifischen Kompetenzen das Bibliothekspersonal verfügen sollte, um besser in der Lage zu sein, ihren Nutzerinnen und Nutzern Medienkompetenz zu vermitteln. Thematisiert wurde auch die Bedeutung von Medienkompetenz gerade bei jungen Menschen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Desinformationskampagnen, die massiv Einfluss auf Wahlprozesse nehmen können. Förmliche Beschlüsse in der Sache wurden nicht gefasst. Staatsministerin Claudia Roth nahm für DEU an der Tagung teil.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eyscs/2024/11/26/>

EU – Förderprogramme

Kommission; Informationstag zum Innovationsfonds 2024

Am 17. und 18.12.2024 veranstalteten die Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) sowie die Generaldirektion Klimapolitik einen Informationstag, in dessen Rahmen es u.a. um die Vergabekriterien der bevorstehenden Ausschreibung zur Einreichung von Vorschlägen für den Innovationsfonds 2024 (IF-24) sowie für den Innovationsfonds Batterie gehen soll. Im Rahmen der bevorstehenden Ausschreibung zu IF-24 werden 2,4 Mrd. EUR bereitgestellt, die u.a. in Projekte mit erheblichem Potenzial zur Verringerung der Treibhausgasemissionen fließen sollen. Im Rahmen der Ausschreibung IF-24 Batterie wird 1 Mrd. EUR bereitgestellt. Die Gelder sollen u.a. in innovative Projekte zur Herstellung von Batteriezellen für Elektrofahrzeuge fließen. Das Bewerbungsverfahren für beide Ausschreibungen ist bis April 2025 geöffnet. Die Anmeldung zum Infotag ist online möglich. Der Infotag selbst findet ebenfalls online statt.

https://cinea.ec.europa.eu/news-events/events/innovation-fund-2024-call-and-battery-info-day-2024-12-17_en

Veranstaltungen

„Finanzmarktpolitik in der nächsten Legislatur. Künftige Schwerpunkte und Herausforderungen für Baufinanzierer“

Am 20.11.2024 lud der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, gemeinsam mit den Deutschen Bausparkassen, vertreten durch Christian König, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der privaten Bausparkassen, sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken, vertreten durch dessen Hauptgeschäftsführer Jens Tolckmitt, zu einer Veranstaltung zum Thema „Finanzmarktpolitik in der nächsten Legislatur. Künftige Schwerpunkte und Herausforderungen für Baufinanzierer“ in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU ein. An der von Dr. Detlef Fechtner, Börsenzeitung, moderierten Podiumsdiskussion nahmen MdEP Dr. Stefan Berger (EVP/DEU) sowie

MdEP Engin Eroglu (RENEW/DEU) teil. Im Folgenden diskutierten die Panelisten eine Reihe von Maßnahmen und deren möglichen Mehrwert mit Blick auf die Verwirklichung der Kapitalmarktunion, darunter die Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes, die Zentralisierung der Kapitalmarktaufsicht und den Bürokratieabbau.

Karrieremesse in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU

Die Vertretung des Landes Hessen bei der EU hat am 26.11.2024 zu ihrer Karrieremesse eingeladen. Die Veranstaltung bot über 250 Praktikantinnen und Praktikanten sowie Trainees aus den EU-Institutionen, Landesvertretungen, Organisationen und Verbänden in Brüssel die Möglichkeit, sich über Berufsbilder und Karrieremöglichkeiten bei der EU sowie dem europäischen und nationalen Umfeld zu informieren. Es war die 12. Karrieremesse dieser Art, mit der sich die Landesvertretung auch aktiv für Bewerbungen für den Öffentlichen Dienst in Hessen einsetzt. Vertreten waren neben dem Amt für Personalauswahl der Kommission (EPSO) u.a. das Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO), das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz, die Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Verbände wie die HessenChemie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sowie Netzwerke, u.a. Young Professionals in Foreign Policy und die Initiative Arbeiterkind. Beim anschließenden Empfang gab es Gelegenheit zum weiteren Austausch.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- | | |
|------------|--|
| 02.12.2024 | Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (Beschäftigung und Sozialpolitik)
Richtlinie über Praktika <ul style="list-style-type: none">• Umfassende Lösungen für demografische Herausforderungen• Arbeits- und Fachkräftemangel in der EU• Soziale Inklusion von Menschen mit Behinderungen Europäisches Semester 2025 |
| 03.12.2024 | Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (Gesundheit) <ul style="list-style-type: none">• Rauch- und aerosolfreie Umgebungen• Maßnahmenpaket Arzneimittel• Die Europäische Gesundheitsunion angesichts des Draghi-Berichts |
| 05.12.2024 | Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Verkehr) <ul style="list-style-type: none">• Richtlinie über den Fahrbefähigungsverlust |

- Verordnung über Fahr- und Fluggastrechte im Zusammenhang mit multimodalen Reisen
 - Verordnung über die Durchsetzung der Fahr- und Fluggastrechte in der EU
 - Orientierungsaussprache zu Fluggastrechten
 - Fortschrittsbericht zur Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr
 - künftiger POL Vorsitz Unterrichtung über Arbeitsprogramm für das erste Halbjahr 2025
- 06.12.2024 Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Telekommunikation)
- Schlussfolgerungen zur Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA)
 - Schlussfolgerungen zum Weißbuch der Kommission „Wie kann der Bedarf an digitaler Infrastruktur in Europa gedeckt werden?“
 - Orientierungsaussprache über die Ziele und Vorgaben der digitalen Dekade bis 2030 vor dem Hintergrund der jüngsten technologischen Veränderungen
 - Wirksamkeit der Maßnahmen im Rahmen der Internationalen Fernmeldeunion (ITU)
 - künftiger POL Vorsitz Unterrichtung über Arbeitsprogramm für das erste Halbjahr 2025
- 09.12.2024 Euro-Gruppe
- internationaler wirtschaftlicher Dialog mit GBR
 - Wirtschaftspolitische Prioritäten der nächsten Kommission
 - makroökonomische Entwicklungen und politische Koordinierung im Euroraum
 - Bewertung der Entwürfe der Haushaltspläne der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie der Haushaltslage und der Haushaltsaussichten des Euro-Währungsgebiets
- 09./10.12.2024 Rat „Landwirtschaft und Fischerei“
- Bioökonomie
 - Eine an den Bedürfnissen der Landwirte ausgerichtete Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027
 - Schutz von Tieren beim Transport
 - Pflanzenvermehrungsmaterial und forstliches Vermehrungsgut
 - Rahmen für das Waldmonitoring
- 10.12.2024 Rat „Wirtschaft und Finanzen“
- Reform des Zollwesens
 - Energiebesteuerung
 - Wirtschaftlicher Ordnungsrahmen
 - Fazilität für Konjunkturbelebung und Widerstandsfähigkeit

- Russlands Aggression gegen die Ukraine
- Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs
- Besteuerung
- Finanzdienstleistungen

- 12./13.12.2024 Rat (Justiz und Inneres)
- Schengen
 - IT-Systeme für die Strafverfolgung
 - Asyl und Migration
 - Innere Sicherheit
 - Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern
 - Verhinderung der Schleusung von Migranten
 - Insolvenzrecht
 - Die Zukunft des Strafrechts

Europäische Kommission

Aufgrund der Konstituierung der neuen Kommission (2024-2029) liegt derzeit keine Vorschau vor.

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen finden keine Sitzungen statt.

Ausschuss der Regionen

- 06.12.2024 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Keine Abstimmungen oder Meinungsaustausche
- 10.12.2024 ENVE-Fachkommissionssitzung
Mehr als nur eine Finanzierungsfrage: Lokale und regionale Gebietskörperschaften mobilisieren öffentliche und private Ressourcen für wirksame Maßnahmen im Nachgang zu den Energiewende-Dialogen (Meinungsaustausch)
- 11.12.2024 ECON-Fachkommissionssitzung
Unterstützung von KMU in regionalen Wertschöpfungsketten – Förderung der Lokalwirtschaft (Abstimmung)
Eine starke europäische Verteidigungsindustrie (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

02.12.2024

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-92/23 Kommission/Ungarn (Recht, Mediendienste auf einer Funkfrequenz anzubieten) – Nutzungsrechte an Funkfrequenzen in Ungarn – Klubrádió

03.12.2024

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-713/23 Wojewoda Mazowiecki – Umschreibung einer ausländischen Heiratsurkunde eines gleichgeschlechtlichen Paares (POL)

10.12.2024

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-218/18 RENV Deutsche Lufthansa / Kommission – Staatliche Beihilfen für den Flughafen Frankfurt-Hahn

12.12.2024

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-118/23 Getin Holding u. a. – Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (POL)

12.12.2024

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-629/23 Eesti Suurkiskjad – Wolfsjagd in Estland (EST)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 13.12.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	

Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA